WIRTSCHAFT

Neuer Flughafen Berlin
Wie Hartmut Mehdorn sich beim Versuch, Tempo zu machen, verrennt **S. 25**

Buchmarkt
Wie der deutsche Chef von Random House einen riesigen Konzern schafft **S. 26/27**

Die Jugend stürzt ab

Jeder dritte junge Spanier findet keinen Job. Das Porträt einer Generation, der die Hoffnung abhandenkommt VON CLAUS HECKING

Fotos: Claus Hecking für DIE ZEIT (o.); Ofelia de Pablo & Javier Zurita/laif für DIE ZEIT; Reuters (kl.)

Hier ist mein Gefängnis«, sagt Nuria López. Die zierliche junge Frau steckt den Schlüssel ins Schloss, stemmt sich gegen die Stahltür, betritt das Gebäude, in dem sie seit 29 Jahren lebt. Es riecht nach kaltem Rauch, faustdicke Eisenstäbe versperren den Blick aus den Fenstern des Erdgeschoss-Apartments. Die Verwalter des Wohnblocks haben alles vergittern lassen, seit Diebe ein Uralt-Sofa im Gemeinschaftsbereich gestohlen haben. Solche Amateureinbrüche häufen sich hier in Torrejón de Ardoz und anderen Trabantenstädten von Madrid. »Viele Leute in der Gegend sind mittlerweile obdachlos«, sagt Nuria.

Sie selbst hat einen Platz zum Schlafen, in ihrem alten Mädchenzimmer. Nuria wohnt wieder bei ihren Eltern. Sie ist 29 Jahre alt, studierte Psychologin, jetzt jobbt sie in einer Sprachschule – als Aushilfslehrerin für Englisch. Gerade einmal 550 Euro im Monat verdient sie dort, und damit mehr als manch anderer Akademiker aus der *»generación cero«,* wie die Spanier ihre 20- bis 35-Jährigen nennen: null reguläres Einkommen, null Aussichten auf eine geregelte Arbeit, null Hoffnung.

Die Generation null war einmal Spaniens Zukunft. Nie zuvor hat die Nation eine Alterskohorte von so gut ausgebildeten jungen Menschen hervorgebracht. Hunderttausende *ceros* haben studiert, Fremdsprachen gelernt, sie sind mit dem Internet groß geworden, sie twittern und bloggen, wollen etwas leisten für ihr Land und für sich. Aber sie dürfen nicht. Sie sind die Kollateralschäden der großen Krise.

37 Prozent der unter 35-Jährigen finden keinen Job – das sind 2,7 Millionen junge Menschen, dreimal so viele wie 2007. Bei den unter 25-Jährigen sind es noch mehr. Sie zahlen den Preis für die Immobilienblase, die Banken- und Korruptionsskandale, die Verschwendungssucht ihrer Politiker. Anfangs haben sie sich gewehrt, sind auf die Straße gegangen. Aber nichts hat sich gebessert für sie. Jetzt verlassen sie ihr Land. Oder sie resignieren.

Düster ist es in Nurias Acht-Quadratmeter-Zimmer, das Fenster zum Hinterhof ist winzig. Auf dem Bett sitzen ein Teddy und ein Hühnchen aus Plüsch; Sonne, Mond und Sternchen lachen von der Wand. Über dem Schreibtisch hängt ein Pocahontas-Poster, seit fast 20 Jahren. Es abzureißen sei ihr nicht in den Sinn gekommen, sagt Nuria. »Ich fühle mich ja oft noch wie ein kleines Kind.« Die Welt da draußen lässt sie nicht erwachsen werden, auf eigenen Füßen stehen.

Nuria wollte keine Null werden. Sie hat monatelang in einer Epilepsie-Klinik und einem Alzheimer-Zentrum schwer kranke Patienten betreut, als unbezahlte Praktikantin. Sie ist zweimal als Aupair nach Irland gegangen, der Sprache wegen. Hat ihr Psychologie-Studium an einer Madrider Top-Uni überdurchschnittlich gut abgeschlossen. Und als sie dann auf ihre 60 oder 70 schriftlichen Bewerbungen keine einzige Antwort bekam, hat sie sich in Schale geworfen und sich bei allen psychiatrischen Klinken in der Umgebung persönlich vorgestellt. Überall sagte man ihr: »Wir rufen an, wenn wir etwas für Sie haben.« Da wusste sie schon, dass es wieder nichts wird.

Die Kliniken müssen sparen, Mitarbeiter entlassen. Wie fast alle Unternehmen im rezessionsgeplagten Land. Neue Stellen werden kaum noch geschaffen. Wenn doch, so bieten die Betriebe fast immer »Müllverträge« an, wie sie bei den Jungen heißen: Arbeit auf Zeit, schlecht bezahlt, ohne Perspektive auf dauerhafte Beschäftigung. Oder es ist gleich Schwarzarbeit. Als das Madrider Prado-Museum kürzlich einmal elf feste Stellen ausschrieb, gingen 18 524 Bewerbungen ein – für Posten als Saalwärter, monatliches Grundgehalt 929,93 Euro.

Diese Missstände haben sich seit Jahren abgezeichnet, doch Spaniens Entscheider, ob links oder rechts, sind nicht entschieden gegen sie vorgegangen. So verhandelten Unternehmens- und Gewerkschaftsvertreter anderthalb Jahre lang über eine Reform der Arbeitsgesetze, blockierten sich gegenseitig und scheiterten schließlich. Die Politiker ließen sie gewähren. »Spaniens Eliten haben das strukturelle Problem der Jugendarbeitslosigkeit verharmlost«, sagt Thomas Stehling, Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Madrid. »Erst jetzt, da es brennt, merken sie, dass sie sich nicht mehr wegducken können.«

Der Premier Mariano Rajoy übt sich derweil in Aktionismus. Er hat Europas Regierungen um Kredite gebeten für finanzschwache spanische Kleinbetriebe, die neue Stellen schaffen; Berlin und Paris haben angekündigt, eine »Wachstumsinitiative« auf den Weg zu bringen. Rajoy selbst definiert in seiner »Strategie für Unternehmensgründung und junge Arbeit 2013–2016« gleich einhundert Maßnahmen, mit denen Berufseinsteiger gefördert werden sollen. Es ist ein bunter Strauß aus wolkig definierten »Bildungsmaßnahmen«, darunter die Einrichtung einer längst überfälligen Jobdatenbank für ganz Spanien und kleine Anreize für Arbeitgeber, zum Beispiel 500 Euro Sozialversicherungsrabatt für den ersten unbefristeten Arbeitsvertrag.

Dass diese Mini-Maßnahmen keine Masseneinstellungen auslösen werden, das weiß auch Rajoy. Deshalb will er das Land dazu bringen, sich selbst Arbeitsplätze zu schaffen. Unternehmensgründer können sich neuerdings auf einen Schlag das gesamte Arbeitslosengeld auszahlen lassen. »Spanien«, beschwört Rajoy, »ist ein Land der Entrepreneure.«

Quique Arias, 33 Jahre, könnte es schaffen. Aber nicht dank, sondern trotz des Staates. Der frühere Grafikdesigner lehnt am Tresen von La Bicicleta im Herzen des Ausgehviertels Malasaña, schüttelt in einer Tour Hände, umarmt, begrüßt

Fortsetzung auf S. 24

Sanieren oder abwickeln

Europa schleppt zu viele marode Banken durch. Es reicht!

Ein irischer Bankvorstand, der einräumt, sich die Staatshilfen für sein Institut erschlichen zu haben, ein zyprischer Notenbankchef, der zugibt, das Rettungsgeld für sein Land hätte es reichen Investoren ermöglicht, ihr Erspartes in Sicherheit zu bringen – was lange nur ein Verdacht war, ist jetzt Gewissheit: Banker und ihre Kunden haben sich an der Euro-Rettung schamlos bereichert.

Zyperns Notenbankchef Panicos Demetriades

Vielleicht war das unvermeidbar, weil auf dem Höhepunkt der Krise in kurzer Zeit Entscheidungen von großer Tragweite getroffen werden mussten, um einen Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. Diese Entschuldigung gilt heute aber nicht mehr.

Statt die Kreditinstitute weiter durch billiges Geld am Leben zu halten, müssen finanzschwache Häuser saniert oder abgewickelt werden – und zwar unter Beteiligung der Gläubiger und Eigentümer der Banken. Das wird teuer, und deshalb zögert die Politik. Sie wehrt sich sogar gegen eine ehrliche Bestandsaufnahme der Risiken in den Bankbilanzen.

Der Umbau des Finanzsektors kostet Geld, ja. Aber nur damit wird sich Europa aus der Geiselhaft der Banken befreien. Es ist an der Zeit, das den Bürgern zu sagen – und dann auch zu handeln. MARK SCHIERITZ

30 SEKUNDEN FÜR

Italienische Steuertricks

Auch als Steuersünderin blieb Sophia Loren ganz Diva. Erhobenen Hauptes zog sie 1982 ins Frauengefängnis von Caserta, um ihre Steuerstrafe abzusitzen. Hunderte von Fans umlagerten den Knast, schickten Pralinen und musizierten, drinnen gab die Loren den Wächterinnen Autogramme: Wenn schon den Fiskus beschummeln, dann bitte mit Grandezza.

Nun aber hat sich der Wind in Italien gedreht: Hinterzogene Steuern sind kein Kavaliersdelikt mehr, sondern eine Gefahr für den Staatshaushalt. Das bekam auch die gebürtige Deutsche Josefa Idem zu spüren. Die Kanu-Olympionikin hatte an der Grundsteuer gespart und mit der Pensionskasse getrickst. Trotzdem wollte sie italienische Sportministerin bleiben – mit Verweis auf die vielen Medaillen, die sie für Italien gewonnen hat. Erst der Regierungschef musste sie davon überzeugen, dass Gold am Band nicht die Taler für das Finanzamt aufwiegt. Man darf noch Grandezza haben in Bella Italia. Aber nicht mehr bei der Buchführung. BIRGIT SCHÖNAU

ANZEIGE

Krisen sicher.

DEUTSCHE BÖRSE GROUP

Wir sind Teil der Lösung.

Das Auf und Ab der Märkte gehört zum Börsengeschäft – Systemkrisen nicht. Wir haben bereits vor Jahren die Prozesse im Wertpapier- und Derivatehandel um ein wichtiges Element erweitert: die Absicherung. So kann der Ausfall eines Marktteilnehmers nicht zu einer Systemkrise führen. Auch damit stabilisieren wir Wirtschaft und Wachstum.

Mehr unter www.deutsche-boerse.com/teilderloesung

MACHER UND MÄRKTE

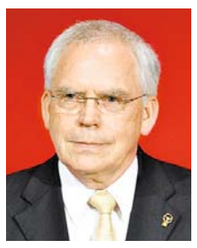
Welche Versicherer sind global systemrelevant?

Im Juli wird die erste Liste global systemrelevanter Versicherer vorgelegt. Darauf sollen jene Versicherer stehen, deren Pleite nach Ansicht staatlicher Aufseher das weltweite Finanzsystem gefährden könnte. Wie das **Financial Stability Board** (FSB), das im Auftrag der G-20-Staaten neue Regeln für die Finanzwelt konzipiert, am Dienstag bekannt gab, soll dann im Juli 2014 endgültig über den Status einzelner Konzerne entschieden werden. Wer am Ende auf der Liste stehen bleibt, wird zusätzliche regulatorische Auflagen erfüllen müssen, denn er soll stärker gegen Krisen gefeit sein als andere. Auch diese Auflagen sollen im Juli 2014 festgelegt werden. Zu ihnen werden laut FSB Sanierungspläne, eine verstärkte Aufsicht und höhere Kapitalanforderungen gehören.

Kriterien für die Einstufung als »global systemrelevanter Versicherer« sind unter anderem die Größe, die Vernetzung mit anderen und der Risikograd des Geschäfts. In Deutschland gelten die **Allianz** und die **Münchner Rück** als mögliche Kandidaten, in den USA soll es vor allem um **AIG, Prudential** und **GE Capital** gehen. STO

Warnschuss für die Audi-Führung

Wenn Volkswagen-Chef **Martin Winterkorn** mit einer Entwicklung in seinem weltweiten Imperium nicht zufrieden ist, gibt er deutliche Signale. Das bekam jetzt die Führung der Nobeltochter **Audi** zu spüren. Dort wurde der Entwicklungschef Wolfgang Dürheimer nach nicht einmal einem Jahr Amtszeit abgelöst. Den Job übernimmt **Ulrich Hackenberg**, der bislang die Entwicklung der Marke VW leitete. Winterkorn schickt mit dem 63-Jährigen einen seiner engsten Vertrauten nach Ingolstadt. Damit macht er deutlich, wie dringend ihm, und wohl auch Volkswagen-Aufsichtsratschef **Ferdinand Piëch,** ein Tempowechsel bei der Entwicklung neuer Modelle in Ingolstadt ist. Schließlich war auch schon Dürheimers Vorgänger, Michael Dick, vorzeitig in den Ruhestand verabschiedet worden. Offenbar hat den beiden Konzernlenkern nicht gefallen, dass die Konkurrenten BMW und Mercedes zuletzt weit mehr positive Aufmerksamkeit für ihre Neuheiten erhielten. DHL.



Von VW zu Audi: Ulrich Hackenberg

Handel mit E-Zigaretten ist nicht erlaubt

Am Montag verurteilte das Landgericht Frankfurt einen **Elektro-Zigaretten-Großhändler** aus Nordrhein-Westfalen zu 8100 Euro Geldstrafe. Die Begründung: Weil die elektrischen Zigaretten **unzulässige Zusatzstoffe** enthielten, sei der Handel mit ihnen nicht erlaubt.

In den E-Zigaretten befindet sich eine nikotinhaltige Flüssigkeit, die rauchfrei konsumiert werden kann. Das Urteil könnte weitreichende Folgen haben, denn die Zahl der E-Zigaretten-Raucher steigt laut Verband des eZigarettenhandels kontinuierlich. Aktuell, so heißt es, griffen hierzulande mehr als **2,2 Millionen** Menschen regelmäßig zur E-Zigarette. Es war der erste Strafprozess zum Thema E-Zigarette vor einem Landgericht, die Entscheidung ist allerdings noch nicht rechtskräftig. JBA

Bundesagentur für Arbeit ändert interne Vorgaben

Nach öffentlicher Kritik ändert die **Bundesagentur für Arbeit** (BA) die internen Vorgaben für Mitarbeiter. »Bisher zählt in unserem Bewertungssystem jede Vermittlung gleich viel«, erklärte BA-Vorstand **Raimund Becker** gegenüber der *ZEIT*. »Von nächstem Jahr an zählt es mehr, wenn man jemanden in kleinere Unternehmen vermittelt, die es bei der Personalsuche oft schwerer haben.« Die Grenze liege bei 250 Beschäftigten. Ebenso werde dann stärker bewertet, wenn Vermittler Menschen mit Problemen in Arbeit brächten – »also etwa Jugendliche ohne Schulabschluss oder Menschen, die schon länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind«. In der BA werden die Leistungen der Mitarbeiter mit **Kennziffern** beurteilt, die unter anderem Grundlage für Prämien der Führungskräfte sind. Mitarbeiter kümmern sich offenbar daher vermehrt um leicht vermittelbare Arbeitslose. Diesen Eindruck erweckt ein Prüfbericht des Bundesrechnungshofs, über den der *Spiegel* berichtete. Die Änderungen sind laut Becker aber bereits vor einiger Zeit beschlossen worden. RUD

250

Mitarbeiter sind die Obergrenze für bevorzugte Betriebe

M + M

Gipfel der Zumutung

Europa trifft sich, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Vieles hätte längst geschehen können VON UWE JEAN HEUSER

Manchmal können auch die angeblich drögen Fakten erschütternd sein. Bei der Jugend Europas ist das der Fall. In Griechenland sind mehr als 60 Prozent der auf dem Arbeitsmarkt registrierten Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos, in Spanien über 50 Prozent. In Italien und Portugal sind es rund 40 Prozent, und in Frankreich bewegt sich die Messzahl für die Zukunftsunfähigkeit eines Landes nicht weit unterhalb der Marke von 30 Prozent.

Niemand weiß, was vielen europäischen Gesellschaften da droht. Es bewegt sich irgendwo zwischen einer verlorenen Generation und wütenden Völkern, die der Demokratie ihr Versprechen von Wohlstands- und Freiheitschancen nicht mehr abkaufen.

Zwar muss man die Zahlen etwas einordnen – erstens waren in den Südländern schon vor der Krise viele junge Menschen ohne Perspektive, und zweitens studieren in einigen Krisenländern sehr viele junge Menschen, fallen dadurch aus der Gesamtheit der Erwerbspersonen heraus, sodass die Arbeitsuchenden in der Statistik umso schwerer wiegen. Das ändert aber nichts daran, dass Jahr für Jahr mehr Jugendliche in Europa keinen Job finden. Und wer schon am Anfang des Berufslebens vor der Tür zum Arbeitsmarkt stehen bleibt, kommt später nur schwer hinein.

Lange haben die Länder mit den höchsten Arbeitslosenquoten zugesehen, wie ihre Jugendlichen den größten Teil der Krisenfolgen schulterten. Ihre Arbeitsmärkte haben sich regelrecht gespalten. Kündigungsschutzbewehrte Inhaber von festen Jobs bleiben oft von der Krise verschont, während den Jugendlichen nicht einmal mehr prekäre Arbeiten offenstehen.

Reichlich lange hat auch die Europäische Union gewartet, bis sie sich des existenziellen Themas annahm. Nun aber kommt gleich ein Doppelschlag: diese Woche der EU-Gipfel in Brüssel, der sich des Problems annehmen soll, nächste Woche eine Konferenz in Berlin. Gastgeberin für die Arbeitsminister der Mitgliedsländer und einige Staats- und Regierungschefs ist da Angela Merkel.

Wie viel Geld die EU aus dem Haushalt fürs Erste lockermachen will, steht schon fest: sechs Milliarden Euro bis 2015. Wie genau es im Sinne der Jugendlichen ausgegeben werden soll, wird noch diskutiert. Keine leichte Frage ist das. Oft nehmen Betriebe die Hilfen einfach mit und stellen doch nur diejenigen ein, die sie ohnedies gebraucht hätten. Und Weiterbildungsprogramme der Staaten laufen vielfach ins Leere. Vor allem verzeichnen die Südländer zwar allesamt hohe Quoten, dahinter aber verbergen sich unterschiedliche Probleme.

Frankreich zum Beispiel hat schon diverse Programme, um den Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu helfen, versinkt aber in der landestypischen Bürokratie. Italien dagegen hat lange nicht so wenig in Bildung und Ausbildung investiert wie heute. Und mittelständische Unternehmer, die den Jungen eine Chance geben wollen, verzweifeln mitunter an den Arbeitsmarktgesetzen aus einer Zeit, als die Lehrlingsstelle noch der Anfang eines Jobs auf Lebenszeit war.

Auch wenn es um die Beschäftigung der Jungen geht, ist Deutschland derzeit das Vorbild in Europa. Vor allem das duale Ausbildungssystem, in Teilen des Auslands lange als veraltet angesehen, hat es heute der gesamten industriellen Welt angetan. Spanien versucht es längst einzuführen, Italien hat mit deutscher Hilfe Pilotprojekte gestartet, und nun will die EU mithilfe des Theorie- und Praxis-Modells aus der Bundesrepublik überall die Qualifikation von Jugendlichen verbessern.

Einziges Problem: Das dauert. Schneller könnte da schon ein anderes europäisches Projekt helfen. Auszubildende sollen bald ähnlich leicht wie Studenten die Grenzen in Europa überwinden können. Das könnte eine Chance für aufstrebende junge Griechen oder Spanier sein – und für den deutschen Mittelstand, der talentierte Azubis sucht.

Schon fordert der französische Chef des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, die Union solle die neuen Geldmittel verdoppeln. Die Krux ist: Das würde wohl nur helfen, wenn jedes Land damit sein eigenes schlimmstes Problem bekämpfen würde – und wenn sie alle die Hürden auf dem Arbeitsmarkt abbauten, wie es die Deutschen vor zehn Jahren mit der Agenda 2010 gemacht haben. Sonst kann Europa noch so sehr helfen wollen: Das Establishment in den Krisenländern muss schon mitziehen, damit die Jugend eine Chance erhält.

Siehe auch **Seite 30**

Fortsetzung von S. 23

Die Jugend stürzt ab

die Gäste seiner neuen Bar. Quique betreibt Madrids erste Fahrradkneipe. Tretlager schmücken die Wände, Luftpumpen und Werkzeug stehen im Keller bereit. Hier können sich Radfahrer ausruhen, sich mit Gleichgesinnten austauschen oder bei einer »Coffee and Ride«-Tour durch die Stadt radeln, die Quique mit seiner Partnerin Tamy alle paar Tage organisiert und über alle erdenklichen Sozialen Netzwerke anpreist.

Der Netzwerkgedanke zieht offenbar: Die 5300 Euro teure Maschine für den angeblich »besten Espresso der Stadt« haben Quiques Gäste selbst finanziert, Crowdfunding nennt sich das. Im Gegenzug bekommen die Geldgeber kostenloses Frühstück und ein paar Päckchen hauseigenen Spezialkaffee.

Aktionen wie diese haben La Bicicleta zu einem der angesagtesten Treffpunkte Madrids gemacht. Der Laden brummt. Aber beinahe hätte er nie eröffnet, erzählt Quique. »Unser Hinweis ›*Coming soon*‹ war bei Facebook schon ein Running Gag.« Monat um Monat verzögerte sich der Start. Weil die Verwaltung Ewigkeiten brauchte, zunächst für die Umbaugenehmigung und dann für die Betriebslizenz. Und so zahlten Quique und Tamy monatelang 3000 Euro Miete für eine Kneipe, die acht Monate später als geplant öffnete – und dann auch noch im Winter, dem ungünstigsten Moment für ein Fahrradcafé. Das Kapital war da beinahe aufgebraucht.

»Die Bürokraten und Politiker behaupten, sie helfen den Gründern, tatsächlich legen sie dir Steine in den Weg«, sagt Quique. Nicht einen Cent Unterstützung habe ihm die öffentliche Hand gegeben, da er vorher Freiberufler war. Und das Darlehen für seine Bar gab ihm die Bank erst, als sein Vater mit dem Haus der Familie bürgte.

Nuria López kann sich nicht selbstständig machen. Sie hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, keine Chance auf einen Kredit und erst recht keine wohlhabenden Eltern. Aus der Küche duftet es nach Paprika, Knoblauch und warmem Olivenöl; Josefa, die Mutter, macht gerade Paella. *»Mi niña pequeña«,* mein kleines Mädchen, sagt sie und streicht Nuria übers Haar. Tausende Euro haben die Eltern investiert in das Studium ihrer Tochter: damals, als der Wohnungsbau noch florierte und mit ihm der kleine Malerbetrieb der Familie. Dann platzte die Blase, Nurias Vater musste seine acht Angestellten entlassen. Er selbst hat nur noch vier, fünf Tage im Monat etwas zu tun. Die Eltern leben vom Ersparten; wenn Nuria ihnen ein bisschen Haushaltsgeld zuschieben will, werden sie sauer. Wenn der Frust zu groß wird, gehen sie demonstrieren.

Was haben die Spanier für einen Aufstand gemacht nach dem »15-M«, dem 15. Mai 2011. Damals, als junge Aktivisten die Puerta del Sol besetzten, den zentralen Platz im Herzen Madrids. Millionen Menschen im ganzen Land solidarisierten sich mit ihnen, gingen auf die Straße, entluden ihre Wut über Politiker und Banker und über ihre eigene Perspektivlosigkeit. Sie nannten sich die Empörten, sie verkündeten den »spanischen Frühling«, sie skandierten *»Sí, se puede« – Yes we can.* All das geschah noch Monate bevor die Occupy-Wall-Street-Bewegung entstand.

Längst sind die Zelte von der Puerta del Sol abgebaut. Die Aktivisten haben sich zurückgezogen, Bürgerinitiativen und Untergruppen gegründet, die für konkrete Ziele kämpfen – etwa die »Weiße Flut« gegen die Privatisierung des Gesundheitssystems oder die »Grüne Flut« gegen den Rückbau des Bildungssystems. Doch der Protest wird mehr und mehr zum Ritual. Er bringt ja nichts, der Staat muss sparen. Und der gesellschaftliche Konsens über den Dissens schwindet dahin. Die großen Kundgebungen zum zweiten Jahrestag des 15-M waren merklich schwächer besucht als noch vor einem Jahr.

»Jeder versucht, die eigene Haut zu retten«, sagt Nuria. Sie selbst ja auch. 5400 Euro Studiengebühren muss sie zusammenkratzen für den zweijährigen Master in Neuropsychologie, den sie vergangenen Sommer angefangen hat – und der den Durchbruch bringen soll. Zumindest bezahlte Praktika sollten dann rausspringen, hofft sie. Und wer weiß, vielleicht wird doch mal irgendeine Stelle frei. Aber Nuria hat auch einen Plan B: Wenn aus der Jobsuche wieder nichts wird, hat sie sich geschworen, dann verlässt sie ihre Familie, ihren Freund, ihre Heimat.

José Luis Perez hat sich bereits gegen Spanien entschieden. Der 35-Jährige sitzt im Besprechungsraum der deutsch-spanischen Arbeitsvermittlung Globalligence und präsentiert seinen Lebenslauf: Bachelor in Hoch- und Tiefbau, Master in Strukturmechanik, zwei Jahre Festanstellung in einem Baukonzern, dann drei Jahre Assistenzlehrer an der Europäischen Universität von Madrid, passables Englisch und gute Referenzen. »Früher konnte man sich gar nicht vorstellen, jemals arbeitslos zu sein«, sagt er. Heute reicht selbst ein Lebenslauf wie seiner nicht mehr für einen regulären Job. Es wird ja kaum noch gebaut. Perez sagt, er wolle nun unbedingt nach Deutschland. Im Spätsommer soll es losgehen; 27 000 Euro Jahresgehalt würden ihm genügen.

Sein Gegenüber nickt zufrieden. So einen qualifizierten, motivierten Kandidaten kriegt Globalligence-Chef Daniel Veith problemlos unter in Deutschland. Nur sein Deutsch muss Perez bis zu seinem Start noch aufbessern, und das kriegt Veith schon hin. Denn das ist das Stammgeschäft des 31-Jährigen: seine Sprachschule.

Seit ein paar Monaten bietet Veith in Madrid Deutschkurse an. Schon nach wenigen Wochen entdeckte der gebürtige Franke eine Marktlücke: die Arbeitsvermittlung in sein Heimatland. Deutsche Unternehmen suchen händeringend nach Fachkräften wie Perez. Aber die spanischen Arbeitsämter vermitteln ihnen nur selten die passenden Leute. Viele Migranten sind kaum vorbereitet auf die nordische Mentalität, das kalte Wetter, das Leben in der Provinz, sie haben Heimweh, wollen bald zurück. Und ihr Deutsch ist oft mangelhaft.

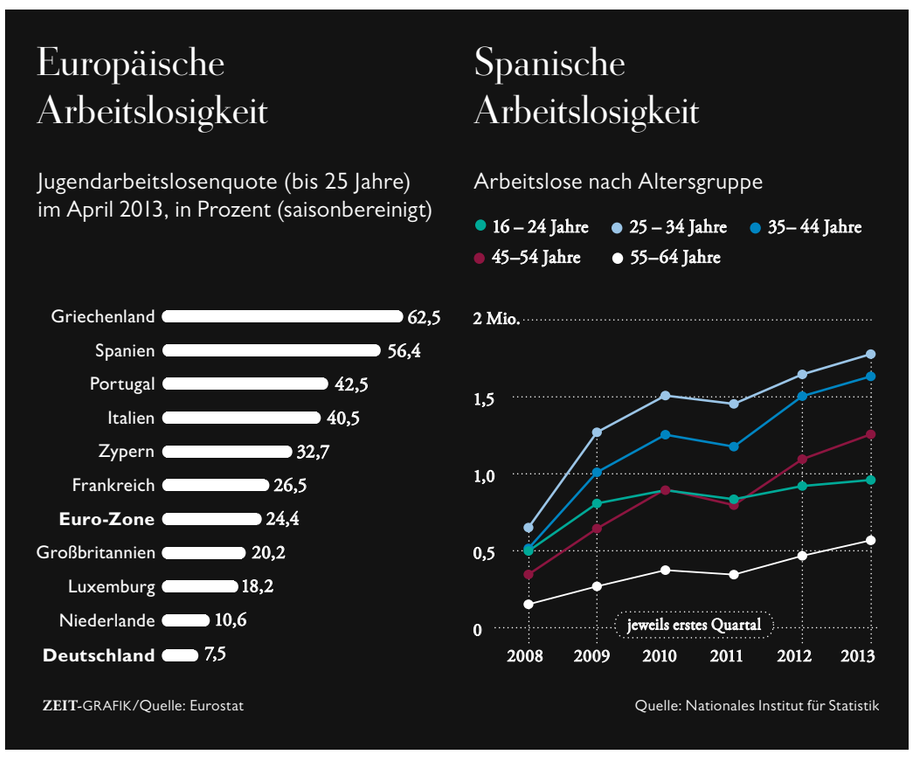
Private Anbieter wie Globalligence werben damit, es anders zu machen: Sprachausbildung, Kulturtraining, passgenaue Auswahl der Kandidaten. Veith hat gerade sein bisher größtes Projekt laufen. Im Auftrag der Handelskammer Frankfurt bringen seine Sprachlehrer 14 künftigen Elektrotechnik-Azubis Deutsch bei; die Bundesregierung hat erklärt, in den kommenden vier Jahren 5000 spanische Lehrlinge nach Deutschland zu holen.

Eine der künftigen Azubis ist Conchi Morillas. Sie will ihr Berufsleben noch mal von vorn beginnen. Mit fast 28. Zwei Ausbildungen hat sie bereits abgeschlossen: die zur IT-Systemadministratorin und die zur Fachinformatikerin. Trotzdem fand sie keinen Job, Conchi musste sich als Aushilfskellnerin über Wasser halten. Im Sommer fängt sie bei einem Frankfurter Elektrotechnik-Betrieb ihre dritte Lehre an: Das bedeutet dreieinhalb Jahre im deutschen dualen System, das Spaniens Regierung nun auch kopieren will. Dabei verdient Conchi 800 Euro netto im Monat – genug, um sich das erste Mal in ihrem Leben ein eigenes WG-Zimmer leisten zu können.

Als Conchi die Zusage aus Frankfurt erhielt, ist sie gleich zu ihrem Freund gegangen, hat ihn gefragt, ob sie ihn und Spanien nun wirklich verlassen solle. »Geh, *mi amor,* die Chance musst du nutzen«, habe er gesagt, »du kannst hier nicht länger auf das Nichts warten.« Ihr Freund will versuchen nachzukommen.

Nuria schläft neuerdings schlecht. Ihr Masterstudium geht dem Ende zu. Nicht mal mehr ein Jahr, dann muss sie sich entscheiden. Und ihr Freund, ein Polizist mit sicherem Arbeitsplatz, der reagierte ganz anders, als sie vom Auswandern gesprochen hat. Er hat sie gebeten, zu ihm zu ziehen, wünscht sich ein Kind mit ihr. Aber das kann sich Nuria nicht vorstellen. Sie wolle erst einmal allein leben, sagt sie, und auf eigenen Füßen stehen.

Sie will endlich frei sein.



»Ich fühle mich oft wie ein kleines Kind«

Nuria López, 29, studierte Psychologin

Fotos: Ofelia de Pablo & Javier Zurita/Laif für DIE ZEIT; ddp (kl.)